

Rechtliche Grundlagen der Herrschaft Heinrichs des Löwen in Sachsen

Theuerkauf, Gerhard

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 46, 1995,
S.127-137



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

Rechtliche Grundlagen der Herrschaft Heinrichs des Löwen in Sachsen

Von **Gerhard Theuerkauf***, Hamburg

(Eingegangen am 5.5.1995)

Recht, verstanden als gute Gewohnheit, überwog durch das Mittelalter hin. Recht, verstanden als ein Gefüge gerichtsfähiger Normen, das heißt von Normen, die im Rechtsstreit vor Gericht geltend gemacht werden konnten, gewann seit dem 12. Jahrhundert an Bedeutung – je mehr Reiche und Fürstentümer als Gerichtsorganisationen ausgebaut wurden. In größerem Umfang aufgezeichnetes Recht, wie es im Umkreis des spätromisch-byzantinischen Kaisertums, besonders im Corpus iuris civilis Kaiser Justinians I. (um 533), leitbildhaft aufleuchtete und in unvollkommener Form noch in der Rechtsreform Kaiser Karls des Großen (um 802) vor Augen stand, trat kontinuierlich erst seit dem 12./13. Jahrhundert hervor; in Sachsen ist besonders an den Sachsenspiegel, dessen älteste Fassung Eike von Repgow um 1225 schuf, zu denken. Recht als Satzungsrecht, besonders als von Kaisern oder Königen gesetzte allgemeine Rechtsnormen, gewann ebenfalls seit dem 12./13. Jahrhundert schnell an Bedeutung, zum Beispiel in der Landfriedensgesetzgebung, ruhte aber weiterhin auf dem durch Gewohnheit begründeten Recht auf; die gute Gewohnheit trat nun deutlicher als Gewohnheitsrecht dem geschriebenen oder gesetzten Recht gegenüber. Zahlreicher und für die soziale Organisation wichtiger als Gesetze waren zunächst Privilegien. Privilegien konnten schriftlich oder mündlich erteilt werden. Schriftlich erteilte Privilegien sind bis in das 12. Jahrhundert überwiegend von Päpsten, Kaisern und Königen, auch Erzbischöfen und Bischöfen, überliefert; die Empfänger waren individuelle Personen oder Institutionen. Grundsätzlich galt ein Privileg für die Ewigkeit, das heißt: es band nicht nur den Aussteller und galt nicht nur für den Empfänger, sondern es war auch für deren Rechtsnachfolger bestimmt; die zahlreichen Bestätigungen von Privilegien, die nach dem Tode eines Ausstellers oder eines Empfängers von Privilegien ausgestellt wurden, lassen allerdings erkennen, daß dem Ewigkeitsanspruch eine Geltungsschwäche der Privilegien entgegenstand. Im 12. Jahrhundert setzten in Deutschland die Urkunden von weltlichen Fürsten ein. In Sachsen ist der erste Herzog, der schriftliche Privilegien ausstellte, Heinrich der Löwe.

Als eine Parallele und als Hintergrund zur Ausgestaltung des weltlichen Rechts, von dem bisher die Rede war, ist an das Aufblühen des Kirchenrechts zu denken, zum Beispiel an die umfassenden Aufzeichnungen, die seit dem 12./13. Jahrhundert zum Corpus iuris canonici führten, und an die päpstlichen Dekrete. Über das politische Wirken von Päpsten und Bischöfen wurde das Kirchenrecht auch für weltliche Herrschaft von Belang. Wer, wie auch Heinrich der Löwe, Ansprüche auf die Hoheit über Kirchen erhob, stieß auch auf kirchenrechtliche Probleme.

* Prof. em. Dr. Gerhard Theuerkauf · Sierichstraße 154 · 22299 Hamburg

Herrschaft, verstanden als deutschrechtliche „munt“ und „gewere“, als eine Verfügungsgewalt über Personen und Sachen, die grundsätzlich abstufbar und insofern teilbar war, gab es durch das gesamte Mittelalter hin. Eine institutionell ausgeprägte Form dieser Art der Herrschaft behauptete sich im Lehnswesen. Das Lehen befand sich im Besitz des Lehnsmannes, einem zunehmend erblichen Besitz, der sich dem Eigentum annäherte. Der Lehnsmann war dem Lehnsherrn nicht nur aufgrund einer durch Huldigung und Treueid begründeten persönlichen Beziehung zu Wohlverhalten verpflichtet, sondern der Anspruch des Lehnsherrn auf Dienstleistungen des Lehnsmannes beruhte indirekt auch auf der Vergabe des Lehens, und auch darüber hinaus blieb relikthaft ein Anspruch des Lehnsherrn auf das Lehen erhalten; dieser Anspruch konnte zum Beispiel bei Pflichtverletzung des Lehnsmannes zum Heimfall des Lehens an den Lehnsherrn führen, auch beim Tode des Lehnsmannes blieb – trotz wachsender Erbllichkeit – ein Schwebezustand, der bis zu einem Zwischennutzungsrecht des Lehnsherrn ausgestaltet werden konnte. – Herrschaft, verstanden als römischrechtliches „dominium“, als eine ausschließliche Verfügungsgewalt über Personen und Sachen in der Form politischer „Herrschaft“ oder privatrechtlichen „Eigentums“ – die lateinische Bezeichnung „dominium“ bedeutet beides – trat als ein ideologisches Instrument der Herrschaftsbegründung erst mit der Rezeption des römischen Rechts, des Corpus iuris civilis Kaiser Justinians I. und der ihn erläuternden Glossen und Kommentare, hervor, in Deutschland später als in Italien, insgesamt erst seit dem 13. Jahrhundert. Noch später wurde das Erfordernis des politischen Konsenses als einer Grundlage stabiler Herrschaft in der politischen Theorie systematisch ausgestaltet, so im 14. und 15. Jahrhundert bei Marsilius von Padua und bei Nikolaus von Kues.

Diese Vorbemerkungen mögen verdeutlichen, wie schwierig es ist, Aussagen über die rechtlichen Grundlagen der Herrschaft Heinrichs des Löwen zu machen. Die Begriffe „Recht“ und „Herrschaft“ sind noch im 12. Jahrhundert diffuser, als moderne Historiker, in der Tradition der seit dem späteren Mittelalter und in der frühen Neuzeit ausgestalteten Begrifflichkeit stehend, meist anzunehmen bereit sind. Und die Quellenlage für das sächsische Herzogtum Heinrichs des Löwen ist schmal. Die Schriftlichkeit beginnt im Urkundenwesen des 12. Jahrhunderts gerade anzuwachsen. Hinzu kommen vereinzelte Urkunden König Konrads III. und des Königs und Kaisers Friedrich I. Barbarossa für Heinrich den Löwen als Herzog von Sachsen. Ein breiter Raum bleibt, in dem nur Absprachen und mündliche Privilegierungen mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit zu vermuten sind. Weniger präzise Aussagen über rechtliche Sachverhalte als in Urkunden sind in der Geschichtsschreibung zu erwarten; Chronisten sind nur selten auf rechtliche Feinheiten bedacht.

Im folgenden beschränke ich mich auf die Zeit, in der Heinrich der Löwe aus reichsrechtlicher Sicht unbestritten Herzog von Sachsen war: auf die Zeit vom Jahre 1142, als auf dem Reichstag zu Frankfurt der Konflikt mit Albrecht dem Bären beigelegt wurde und Heinrich der Löwe auf Bayern verzichtete, bis zum Jahre 1180, als auf dem Reichstag zu Gelnhausen Heinrich der Löwe als Herzog gestürzt wurde¹⁾, und berücksichtige

¹⁾ Gelnhäuser Urkunde: MGH, DF.I.795. Zu ihr vgl. unten Anm. 46.

vor allem die Zeit bis zur Peripetie seiner Macht im Jahre 1166. Ich beschränke mich auf die mit „Recht“ und „Herrschaft“ unmittelbar zusammenhängende Begrifflichkeit der Quellen und deren Interpretation, lasse zum Beispiel das Gottesgnadentum des Herzogs – wie es in der Intitulatio der Urkunden sprachlich formuliert erscheint –, die Herrschaftssymbolik und die aus Verwandtschaftsbeziehungen sich ergebenden Herrschaftsansprüche am Rande. Nur angedeutet sei, daß in den Siegelstempeln Heinrichs des Löwen vor 1180 (bezeugt von 1144 bis 1172) Reitersiegel verwendet werden, die eine fürstliche Herrschaft symbolisieren; das Herrschaftssymbol des Löwen erscheint in der Frühzeit – bis 1154, als die politische Position Heinrichs des Löwen sich im Vorfeld des ersten Italienzuges Friedrich Barbarossas stabilisierte, – nur beiläufig auf dem Schild und ist als hauptsächliche Darstellung in der Spätzeit – seit 1188, als Heinrich, nachdem er 1180 gestürzt worden war, seine Restauration betrieb, – nachzuweisen²⁾; dagegen wurde das Braunschweiger Löwendenkmal zu der Zeit errichtet, zu welcher der Ausbau herzoglicher Gewalt durch Heinrich seinen Höhepunkt erreicht hatte und überschritt, nach Albert von Stade im Jahre 1166³⁾. Und ebenfalls nur angedeutet sei, welch große Bedeutung für die Herrschaft Heinrichs des Löwen in Sachsen das auf Lothar von Supplinburg und auf Otto von Northeim zurückgehende Erbe und für die politische Stellung Heinrichs allgemein die verwandtschaftlichen Beziehungen zu römisch-deutschen Kaisern und zum englischen Königshaus hatten; das Helmarshäuser Evangeliar, dessen Krönungsminiatur das genealogische Selbstverständnis Heinrichs des Löwen um 1188 spiegeln dürfte, hebt denn auch unter den Großeltern Heinrichs und seiner Gemahlin Mathilde den römisch-deutschen Kaiser Lothar III. und seine Gemahlin Richenza sowie König Heinrich II. von England und seine Gemahlin Mathilde, die Witwe des römisch-deutschen Kaisers Heinrich V., hervor⁴⁾.

²⁾ Fritz Hasenritter, Beiträge zum Urkunden- und Kanzleiwesen Heinrichs des Löwen, Greifswald 1936 (Greifswalder Abhandlungen zur Geschichte des Mittelalters 6) S. 51ff.; Karl Jordan, in: Die Urkunden Heinrichs des Löwen, Herzogs von Sachsen und Bayern, bearb. v. K. Jordan, Stück 1–2, Leipzig 1941 u. Weimar 1949 (MGH, Laienfürsten- und Dynastendokumente der Kaiserzeit 1), hier St. 2, S. XLVIf.; Dieter Matthes, Bemerkungen zum Löwensiegel Herzog Heinrichs. In: Wolf-Dieter Mohrmann (Hg.) Heinrich der Löwe, Göttingen 1980 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung 39) S. 354–373 mit Abb. XIII u. XIV; vgl. die Abbildungen in: Hasenritter a.a.O., Tafel im Anhang, und Karl Heinemeyer, Der Prozeß Heinrichs des Löwen. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 117, 1981, S. 1–60, hier nach S. 32, Abb. 2–3.

³⁾ Albert von Stade, Annales z.J. 1166, Monumenta Germaniae Historica, Scriptores 16, hg. v. Georg Heinrich Pertz, Stuttgart 1859, Nachdruck 1963, hier S. 345; vgl. Dieter von der Nahmer, Heinrich der Löwe. Die Inschrift auf dem Löwenstein und die geschichtliche Überlieferung der Welfenfamilie im 12. Jahrhundert. In: Der Braunschweiger Burglöwe, Göttingen 1985 (Schriftenreihe der Kommission für Niedersächsische Bau- und Kunstgeschichte bei der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 2), S. 201–219; vgl. Bert Bilzer, Das Münz- und Geldwesen im Herzogtum Sachsen unter Heinrich dem Löwen. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 331–353, hier S. 341ff.

⁴⁾ von der Nahmer a.a.O., S. 211ff.

Recht (*ius, lex, consuetudo*) als Grundlage der herzoglichen Herrschaft tritt in den Quellen in großer Abstraktheit nicht hervor. Eher ist an Sitten als Grundlage zu denken, also an Normen, die nicht gerichtsfähig sind, aber einen ideologischen und sozialen Begründungsrahmen für Herrschaft bieten⁵); dazu gehört auch die Friedenswahrung durch den Herrscher, die sich mit Gerichtsbarkeit berühren kann. Als eine grobe Einteilung der Gesellschaft erscheint die in Reichsfürsten, Freie und Ministerialen (Dienstmannen)⁶). Eine Erscheinungsweise von Herrschaft ist die Amtsgewalt (*potestas*), konkretisiert als allgemeine gerichtliche oder vogteiliche Gewalt⁷). Recht tritt dagegen aspekthaft zutage, als Gesetze der Kaiser (*leges imperatorum*)⁸), als Recht eines politisch organisierten Landes (*consuetudo terrae, lex terre*) oder einer Personengruppe (*iure Hollandico*)⁹), auch einer Stadt (*ius civitatis*)¹⁰), häufig bezogen auf einen relativ früh hervortretenden Rechtskreis, das Lehnrecht (*ius beneficiale, ius feudale*)¹¹), bisweilen auf den Kirchenpatronat (*ius patronatus*)¹²), nur einmal auch als Hinweis auf herzogliche Rechte insgesamt (*iure ducatus*)¹³).

In den Quellen zur Geschichte Heinrichs des Löwen, in den Urkunden, in der Geschichtsschreibung und auch in Bildquellen, findet als Titel Heinrichs des Löwen sich wie selbstverständlich „dux“ (Herzog)¹⁴). Vom „Landesherrn“ ist dagegen im 12. Jahrhundert noch nicht die Rede, obwohl die Wörter „dominus“ (Herr) und „terra“ oder „provincia“ (Land) geläufig sind – als „Land“ wird das Herzogtum Heinrichs des Löwen im Zusammenhang des deutschen Reiches¹⁵), speziell auch Thüringen¹⁶), das Gebiet der Slawen rechts der Elbe insgesamt¹⁷), aber auch politisch organisierte Teile dieses Raumes bezeichnet¹⁸). Obwohl der Begriff „Landesherr“ in den zeitgenössischen Quellen nicht vorkommt, soll hier diese Bezeichnung verwendet werden, um politische Schwerpunktbildungen innerhalb Sachsens und über seine Grenzen hinaus zu beschreiben.

Während Sachsen in der Karolingerzeit ein weitgespannter Raum war, gegliedert in die „exercitus“ (Heerschaften) Westfalen, Engern und Ostfalen sowie in Nordelbien, verlagerte sich im Herzogtum Sachsen, wie es seit dem 10. Jahrhundert unter den Billungern bestand, der politische Schwerpunkt nach Ostsachsen, nach Ostfalen und in Teile

⁵) Siehe oben bei Anm. 2 bis 4.

⁶) Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 32.

⁷) Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 48, 80, 81, 89.

⁸) ebd. Nr. 89, vgl. ebd. Nr. 48.

⁹) ebd. Nr. 81, 82, 88, 112.

¹⁰) ebd. Nr. 48.

¹¹) ebd. Nr. 5, 28, 35, 52, 64.

¹²) ebd. Nr. 78, 111.

¹³) ebd. Nr. 92.

¹⁴) Hasenritter (wie Anm. 2) S. 71ff.; Jordan (wie Anm. 2) S. LIIf.; vgl. Hans-Werner Goetz, Das Herzogtum der Billunger – ein sächsischer Sonderweg? In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 66, 1994, S. 167–197, hier 189f.

¹⁵) Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 35.

¹⁶) ebd. Nr. 112.

¹⁷) ebd. Nr. 89.

¹⁸) ebd. Nr. 60.

Engerns¹⁹⁾. Westfalen ging unter Landesherren wie dem Erzbischof von Köln und dem Bischof von Münster eigene Wege²⁰⁾. Die Erinnerung an den weiten Sachsenbegriff und ein Herrschaftsanspruch des Herzogs von Sachsen auf westfälische Räume blieb. Herzog Lothar versuchte ihn mit militärischen Mitteln vergeblich durchzusetzen (Schlacht am Welfesholz, 1115). Auch Heinrich der Löwe erhielt den Anspruch auf Westfalen aufrecht; er sah den Rhein als die Grenze seines Herzogtums – ohne praktische Folgen²¹⁾. Vielmehr zeigte sich, zumal als Heinrich 1180 gestürzt wurde, welche Mächte in Teilen (Engerns und) Westfalens eine herzogartige Landesherrschaft begründeten: der Erzbischof von Köln und der Bischof von Münster.

Zu Landesherrschaft, als einer intensiveren Form herzogartiger Herrschaft, konnte der Herzog von Sachsen im 12. Jahrhundert seine Herrschaft also in Teilen Ostfalens, Engerns und Nordelbiens ausgestalten. Darüber hinaus versuchte er, seine Landesherrschaft auf das Ostfalen und Nordelbien benachbarte Mecklenburg, den Herrschaftsraum der Abodriten, auszudehnen²²⁾. Die Versuche Heinrichs des Löwen, in Mecklenburg und seinen westlichen Grenzübereichen Landesherrschaft zu begründen, sind zwar vom Ursprung her weithin als Usurpation und anschließende Ersitzung von Herrschaftsrechten zu begreifen – die usurpatorischen Züge erscheinen freilich aus der Sicht der christlichen Herrscher durch den Anspruch, das Christentum auszubreiten und zu festigen, gemildert²³⁾ –, können aber auch, in der Tradition des ottonischen Reiches des 10. Jahrhunderts, als Handhabung markgräflicher Rechte verstanden werden. Traditionell war die Landesherrschaft in Markgrafschaften oder in den aus Markgrafschaften hervorgegangenen Herzogtümern wegen der militärisch und politisch prekären Randlage intensiver als in anderen, zentraler gelegenen Räumen; dafür sind Brandenburg und Österreich Beispiele. Wie Christentum und Territorialpolitik im ostelbischen Raum sich überlagerten, zeigt der Wendenkreuzzug von 1147, an dem Heinrich der Löwe maßgeblich beteiligt war und in dem er seine Expansionspolitik gegenüber den Abodriten zu verfolgen suchte. Helmold von Bosau bemerkt über den jugendlichen Herzog Heinrich, auf seinen Feldzügen gegen die Slawen sei keine Rede vom Christentum, sondern nur von Geld gewesen (*nulla de Christianitate fuit mentio, sed tantum de pecunia*)²⁴⁾.

¹⁹⁾ Albert K. Hömberg, *Westfalen und das sächsische Herzogtum*, Münster 1963 (Schriften der Historischen Kommission Westfalens 5) bes. S. 1ff., 15ff., 53ff.; Karl Jordan, *Herzogtum und Stamm in Sachsen während des hohen Mittelalters*. In: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 30, 1958, S. 1–27, hier S. 9ff.; auch in: K. Jordan, *Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte des Mittelalters*, Stuttgart 1980 (Kieler Historische Studien 29) S. 185–211, hier S. 193ff.

²⁰⁾ Georg Droege, *Das kölnische Herzogtum Westfalen*. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 275–304.

²¹⁾ Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 35 (1157). Hömberg (wie Anm. 19) S. 29ff., 32ff., 45ff.

²²⁾ Karl Jordan, *Heinrich der Löwe*, München 1979, S. 76ff.

²³⁾ Siehe unten bei Anm. 40.

²⁴⁾ Helmold von Bosau, *Slavenchronik*, hg. v. Bernhard Schmeidler, Hannover 1937 (MGH, SS rer. Germ. i.u.sch. [32]); auch *Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe* A 19, hg. v. Heinz Stoob, 5. Aufl. Darmstadt 1990, cap. 68, vgl. cap. 62 und 65.

Das Herzogtum wurde seit dem 11. Jahrhundert in wachsendem Maße als eine gerichtliche Oberherrschaft, als Herrschaft über eine Mehrzahl von Grafen verstanden²⁵⁾. Aber weil auch Grafen zu Landesherren aufstiegen, konnte allein auf der Grundlage dieser Oberherrschaft herzogliche Landesherrschaft nicht intensiviert werden. Die Landesherrschaft auch des Herzogs von Sachsen blieb ein lockeres Bündel von Gerechtsamen, zum Beispiel der Herrschaft über Vasallen und Ministerialen (Lehnsherrschaft)²⁶⁾, der Verfügung über Eigengut und Burgen, über Reichsvogteien²⁷⁾ und Kirchenvogteien – auch, wie sogleich noch auszuführen ist, über Städte und Bistümer. Von einem „Staat“ Heinrichs des Löwen kann nicht die Rede sein; vielmehr sind auch hinsichtlich des Herzogtums Sachsen die regionalen Unterschiede der Intensität der Landesherrschaft zu bedenken.²⁸⁾

Städte gewannen als Zentren von Landesherrschaft, in politisch-administrativer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht seit dem 12. Jahrhundert wachsende Bedeutung – obwohl die größeren unter ihnen seit dem 13. Jahrhundert in steigendem Maße Autonomie erlangten, sich also von ihren Stadtherren zu lösen begannen. Mit den größeren Städten waren regelmäßig Markt- Münz- und Zollrechte verbunden. Auch Herzog Heinrich der Löwe nutzte Städte als Herrschafts- und Wirtschaftszentren – wie er in seinem Artlenburger Privileg von 1161 den Handel der Gotländer in Sachsen begünstigte²⁹⁾. Mehrere Privilegien Heinrichs des Löwen für Städte Sachsens sind indirekt bezeugt, aber teils nicht glaubwürdig, teils vielleicht als mündliche Privilegierungen zu verstehen³⁰⁾. Am Beispiel des Streites um Lübeck wird die Konkurrenz der Landesherrschaft des Grafen von Holstein und der des Herzogs von Sachsen deutlich, auch die Konkurrenz verschiedener Handelsplätze, in diesem Falle Lübecks und Bardowicks. Auch sonst ist deutlich, daß Heinrich der Löwe es vermied, Städte völlig neu zu gründen. Die von Heinrich 1158 neugegründete Löwenstadt an der Wakenitz bei der holsteinischen

²⁵⁾ Günter Glaeske, Die Erzbischöfe von Hamburg-Bremen als Reichsfürsten (937–1258), Hildesheim 1962 (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens 60) S. 89ff.

²⁶⁾ Inge Maren Peters, Heinrich der Löwe als Landesherr. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 85–126, hier S. 87ff.; Jordan, Heinrich (wie Anm. 22) S. 124ff.

²⁷⁾ Karl Jordan, Goslar und das Reich im 12. Jahrhundert. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 35, 1963, S. 49–77, hier S. 62ff.; auch in: Jordan, Aufsätze (wie Anm. 19) S. 279–307, hier S. 292ff.

²⁸⁾ Insgesamt: Jordan, Heinrich (wie Anm. 22) S. 103ff.; Hömberg (wie Anm. 19) S. 65ff.; Gudrun Pischke, Der Herrschaftsbereich Heinrichs des Löwen. Quellenverzeichnis, Hildesheim 1987 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 2: Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens 32); vgl. Goetz (wie Anm. 14) S. 176ff.; Jordan, Herzogtum (wie Anm. 19); Berent Schwincköper, Heinrich der Löwe und das östliche Herzogtum Sachsen. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 127–150.

²⁹⁾ Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 48; vgl. ebd. Nr. 49. Vgl. Aksel E. Christensen, Das Artlenburg-Privileg und der Ostseehandel Gotlands und Lübecks im 12. und 13. Jahrhundert. In: Nerthus 2, 1969, S. 219–237, bes. S. 222ff.

³⁰⁾ Lübeck: Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2), Nr. 40, 61, 62. Eindeutig gefälscht ist die angebliche Ratswahlordnung Heinrichs des Löwen für Lübeck (ebd. Nr. 63). – Schwerin: ebd. Nr. 46. – Braunschweig: Urkunden Heinrichs des Löwen, Nr. 70. – Hamburg: ebd. Nr. 123. – Stade: ebd. Nr. 124. Vgl. unten Anm. 31 bis 35.

Stadt Lübeck lehnte sich an ebendiese Stadt an und konnte sich ihr gegenüber nicht behaupten. Das durch eine Feuersbrunst stark beschädigte Lübeck ließ Heinrich daraufhin 1158/59 wiederaufbauen und privilegierte es vermutlich 1163³¹⁾. Ebenfalls baute Heinrich Schwerin, nachdem er es krieglerisch zerstört hatte, 1160 wieder auf und steigerte seine städtischen Züge³²⁾. Im übrigen beschränkte Heinrich der Löwe sich auf die Erweiterung bestehender Städte oder wirkte an ihr mit; so ließ er in Braunschweig nach 1160 die Hagensiedlung anlegen und den Burgbereich ausbauen³³⁾; das durch eine Neustadt erweiterte Hamburg privilegierte er 1190/91³⁴⁾. In Stade ließ Heinrich spätestens seit den 1150er Jahren die Befestigungen der Burg und der Stadt verbessern³⁵⁾; daß Heinrich nach dem Beispiel Stades als Vogt des Erzstifts Bremen auch die Stadt Bremen privilegiert habe, bleibt eine Vermutung³⁶⁾. Auch hinsichtlich der Privilegierung der Stadt Lüneburg sind über die Rolle Heinrichs nur Mutmaßungen möglich³⁷⁾.

Die relative Intensität der Landesherrschaft in den Grenzregionen der Markgrafschaften zeigte sich auch in der geringen Selbständigkeit der Bistümer. Der Schutz von Kirchen gehörte wie selbstverständlich zu den Pflichten des Herzogs, zumal wenn er gleichzeitig Vogt einer Kirche war; dies zeigen Mandate König Konrads III., in denen er Herzog Heinrich von Sachsen befiehlt, Abt Wibald von Corvey zu schützen und als Vogt der Frauenklöster Kemnade und Fischbeck Lehnsmann dieses Abtes zu werden³⁸⁾. Auch in den 1150er Jahren war Herzog Heinrich, nun im Einvernehmen mit Friedrich Barbarossa, auf den Schutz Corveys bedacht, hielt dort einen Gerichtstag und ging gegen Graf Widukind von Schwalenberg vor³⁹⁾. Während aber im sächsischen Kernland die Erzbischöfe von Bremen und Magdeburg und erst recht in Westfalen der Erzbischof von Köln

³¹⁾ Karl Jordan, a) Heinrich (wie Anm. 22), S. 80ff.; b) Die Städtepolitik Heinrichs des Löwen. Eine Forschungsbilanz. In: *Hansische Geschichtsblätter* 78, 1960, S. 1–36, hier: S. 8ff.; auch in: Jordan, Aufsätze (wie Anm. 19) S. 243–278, hier S. 250ff.; Bernhard Am Ende, Studien zur Verfassungsgeschichte Lübecks im 12. und 13. Jahrhundert, Lübeck 1975 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, B 2) S. 23ff. u. 131ff.; Erich Hoffmann, Lübeck im Hoch- und Spätmittelalter. In: Antjekathrin Graßmann (Hg.), *Lübekische Geschichte*, Lübeck 1988, S. 79ff.; vgl. Uta Reinhardt, Bardowick – Lüneburg – Lübeck. In: *Lübeck* 1226. Lübeck 1976, S. 207–225.

³²⁾ Jordan, Städtepolitik (wie Anm. 31) S. 16f./258f.

³³⁾ Jordan, Städtepolitik (wie Anm. 31) S. 17ff./259ff.

³⁴⁾ Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 123. Karl Jordan, a) Städtepolitik (wie Anm. 31) S. 28ff./270ff.; b) Zu den ältesten Urkunden für die Hamburger Neustadt. In: *Archiv für Diplomatik* 29, 1983, S. 209–228, hier S. 221ff.; Gerhard Theuerkauf, Urkundenfälschungen der Stadt und des Domkapitels Hamburg in der Stauferzeit. In: *Fälschungen im Mittelalter*, T. 3, Hannover 1988 (*Monumenta Germaniae Historica. Schriften* 33,3) S. 397–431, hier S. 400 u. 431 Anm. 185.

³⁵⁾ Jordan, Städtepolitik (wie Anm. 31) S. 22ff./264ff.

³⁶⁾ ebd. S. 24ff./266ff.

³⁷⁾ ebd. S. 27f./269f.; vgl. Uta Reinhardt, Die Welfen und das Kloster St. Michaelis in Lüneburg. In: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 54, 1982, S. 129–151, hier S. 134ff.

³⁸⁾ MGH, DDK.III.162 und 183 (1146 und 1147); vgl. *Urkunden Heinrichs des Löwen* (wie Anm. 2) Nr. 14 (1150, an Abt Wibald von Corvey): „sub tuitionis mee munimen recipio“, ferner Nr. 8 (1147), betr. Kemnade.

³⁹⁾ *Urkunden Heinrichs des Löwen* (wie Anm. 2) Nr. 35.

ihren reichsfürstlichen Status gegen den Herzog von Sachsen behaupten konnten, wurden die Bistümer Oldenburg (in Holstein, seit 1160 Lübeck), Mecklenburg (seit 1160 Schwerin) und Ratzeburg dem Herzog von Sachsen unterstellt; König Friedrich I. übertrug vor seinem ersten Italienzug (1154) förmlich das königliche Recht der Investitur der Bischöfe in diesen Bistümern und in weiteren Bistümern, die Herzog Heinrich zur Ausbreitung des Christentums (*ad dilatandum Christiani nominis imperium*) begründen würde, an ihn⁴⁰). Diese Urkunde läßt besonders deutlich erkennen, daß Herzog Heinrich von Sachsen hier als Reichsvikar, in einer königsähnlichen Stellung, handeln sollte. Vorbereitet hatte Heinrich diese seine besondere herzogliche Position hinsichtlich Oldenburgs schon 1150 in Auseinandersetzungen mit Erzbischof Hartwig I. von Hamburg-Bremen, der seinerseits 1149 die Investitur des Bischofs von Oldenburg, Vizelins, vorgenommen hatte⁴¹). Die Verfügung über die Investitur zog Verfügungen über die Ausstattung der Bistümer mit weltlichen Gütern, zum Beispiel mit Hintersassen, Grundbesitz und Zehnten, nach sich⁴²).

Über den Herzögen stand als *primus inter pares* der König des römisch-deutschen Reiches. Vom 11. zum 13. Jahrhundert, nicht zuletzt durch die staufischen Herrscher, wurden die Beziehungen zwischen dem Königtum und einer oberen Gruppe von Landesherren, den Reichsfürsten, neu geordnet und rechtlich präzisiert. Die Gruppe der Reichsfürsten, im 13. Jahrhundert etwa 120 Personen, bestand zu etwa zwei Dritteln aus geistlichen Reichsfürsten, Erzbischöfen, Bischöfen und Reichsäbt(issin)en, zu etwa einem Drittel aus weltlichen Fürsten. Alle Reichsfürsten hatten ein lehnrechtliches Merkmal gemeinsam: sie empfangen ihre weltlichen Herrschaftsrechte (Regalien) unmittelbar vom König zu Lehen, waren ihm als Vasallen zu besonderer Treue verpflichtet. Die weltlichen Reichsfürsten und ein Teil der Erzbischöfe und Bischöfe erfüllten außerdem ein landrechtliches Merkmal: sie verfügten über eine herzogliche oder herzogartige Landesherrschaft, waren also gerichtliche Oberherren über eine Mehrzahl von Grafschaften. Diese Verbindung von lehnrechtlichen und landrechtlichen Merkmalen ist in Norddeutschland gut an der Begründung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg (1235) durch Kaiser Friedrich II. zu erkennen⁴³). Jedoch ist nicht selbstverständlich da-

⁴⁰) MGH, DF.I.80; vgl. Karl Jordan, Die Bistumsgründungen Heinrichs des Löwen, Stuttgart 1939 (Schriften des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichtskunde (MGH) 3), Nachdruck 1962, S. 6ff.; zu den Bistumsgründungen und ihrer Vorgeschichte seit dem 10./11. Jahrhundert ebd., S. 67ff.; vgl. Wolf-Dieter Mohrmann, Das sächsische Herzogtum Heinrichs des Löwen. Von den Wegen seiner Erforschung. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 44–84, hier S. 71f.

⁴¹) Jordan, a) Bistumsgründungen (wie Anm. 40) S. 81ff.; b) Heinrich (wie Anm. 22) S. 142ff.; Glaeske (wie Anm. 25) S. 155ff.

⁴²) Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 81; auch: Herbert Helbig u. Lorenz Weinrich (Hg.), Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter, T. 1, 3., verb. Aufl. Darmstadt 1984 (Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe A 26a) Nr. 61; Urkunden Heinrichs des Löwen (wie Anm. 2) Nr. 81, 82 und 89. Vgl. Nr. 41, 90, 91 und 103 (ge- bzw. verfälscht).

⁴³) Edmund E. Stengel, Land- und lehnrechtliche Grundlagen des Reichsfürstentums. In: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germ. Abt. 66, 1948, S. 294–342, hier S. 326ff.; auch in: Stengel, Abhandlungen und Untersuchungen zur mittelalterlichen Geschich-

von auszugehen, daß derartige Vorstellungen von einem Reichsfürstentum schon in den 1160er Jahren im Hinblick auf Heinrich den Löwen vorhanden waren. Ebensowenig ist davon auszugehen, daß der Begriff der Regalien, wirtschaftlich nutzbarer Herrschaftsrechte, wie ihn Kaiser Friedrich I. Barbarossa 1158 auf dem Reichstag von Roncaglia aufgrund des römischen Rechts und lombardischen Gewohnheitsrechts definieren ließ, in Deutschland und im Zusammenhang mit Heinrich dem Löwen eine Rolle spielte. Wohl aber ist in den 1150er Jahren die Wirksamkeit Friedrich Barbarossas durch Urkunden auch im sächsischen Bereich erkennbar. Daß er königliche Investiturrechte an Bistümern in Sachsen Herzog Heinrich dem Löwen 1154 übertrug, wurde schon erwähnt⁴⁴⁾; die Beilegung von Streitigkeiten zwischen dem Erzbischof von Hamburg-Bremen und Herzog Heinrich von Sachsen, nicht zuletzt wohl wegen der Grafschaft Stade, stellte Kaiser Friedrich 1158 in Aussicht⁴⁵⁾.

Das Recht war im frühen Mittelalter wesentlich allgemeines, auf Rechtsverbände bezogenes Recht; es überwog das als lange dauernd oder dauerhaft vorgestellte Recht (*consuetudo*, ewa). Seit dem 11. Jahrhundert sonderten sich zunehmend Rechtskreise aus, die sozialen Gruppen und Institutionen zuzuordnen sind. Jedoch dauerte dieser Vorgang Jahrhunderte. Und hinter diesen Rechtskreisen verschwand nicht das (allgemeine) Recht. Noch in den Jahrzehnten um 1200 waren Landrecht, das Recht, das dem gerichtlich ausgeformten Land entsprach, und Lehnrecht, das Recht der Personengruppen, die zueinander in Lehnbeziehungen standen, nicht deutlich auseinandergetreten. Die Gelnhäuser Urkunde (1180) ist dafür ein Beispiel. In ihr wird ein Verfahren beschrieben, das nicht einfach als land- oder als lehnrechtlich zu beschreiben ist, sondern mit allgemeinrechtlichen Schritten beginnt, mit lehnrechtlichen fortgesetzt wird, dann das lehnrechtliche Verfahren auf das allgemeinrechtliche zurückbezieht und schließlich sich in einen lehnrechtlichen und einen allgemeinrechtlichen Zweig spaltet. Der Hintergrund ist die unterschiedliche Zuordnung geistlicher und weltlicher Reichsfürsten zu Land- und Lehnrecht.⁴⁶⁾ Auch der Sachsenspiegel, wie ihn Eike von Repgow um 1225 konzipiert hat, zeigt – anders, als die vordergründige Einteilung in ein Buch vom Landrecht und ein Buch vom Lehnrecht vermuten läßt, – eine Verzahnung von Land- und Lehnrecht, die in

te, Köln 1960, S. 133–173, hier S. 159ff.; Hans Patze, Die welfischen Territorien im 14. Jahrhundert. In: Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert. Bd. 2, 2. Aufl. Konstanz 1986 (Vorträge und Forschungen 14), S. 7–99, hier S. 12ff.; Egon Boshof, Die Entstehung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 249–274, hier S. 270ff.; Gerhard Theuerkauf, Der Prozeß gegen Heinrich den Löwen. Über Landrecht und Lehnrecht im hohen Mittelalter. In: Mohrmann (Hg.) (wie Anm. 2) S. 217–248, hier S. 238ff.

⁴⁴⁾ Siehe oben bei Anm. 40; vgl. Karl Jordan, Sachsen und das deutsche Königtum im hohen Mittelalter. In: Historische Zeitschrift 210, 1970, S. 529–559, hier S. 553ff.; auch in: Jordan, Aufsätze (wie Anm. 19) S. 212–242, hier S. 236ff.

⁴⁵⁾ MGH, DF.I.219. Zu Stade: Glaeske (wie Anm. 25) S. 143f. und 222.

⁴⁶⁾ Theuerkauf, Prozeß (wie Anm. 43) S. 217–248; vgl. Heinemeyer (wie Anm. 2) S. 1–60; zu ihm Gerhard Theuerkauf, Hamburg und der Elbhandel im Mittelalter. In: Jürgen Ellermeyer u. Rainer Postel (Hg.), Stadt und Hafen. Hamburger Beiträge zur Geschichte von Handel und Schifffahrt, Hamburg 1986 (Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Hamburg 8 = Veröffentlichung des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 2) S. 33–43, hier S. 41 Anm. 7.

der Binnengliederung des dritten Buches des Landrechts und in der Verklammerung des gesamten Rechtsbuches durch Vorreden und Epilog erkennbar wird⁴⁷⁾. Dagegen erscheinen in dem reichsrechtlichen Verfahren, durch das 1235 das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg begründet wurde, die land- und lehnrechtlichen Schritte deutlich getrennt, aber durch die Zentrierung auf herzoglich-landesherrliche Gerichtsbarkeit miteinander verknüpft; die Einweisung mit (Gerichts-)Fahnen steht dafür als Symbol.⁴⁸⁾

Albert von Stade bemerkt zum Jahre 1166, nachdem er von der Errichtung des Löwenbildes und von der Befestigung der Stadt Braunschweig durch Herzog Heinrich berichtet hat: „Und weil er mächtig und reich war, erhob er sich gegen das Reich, weshalb der Kaiser beschloß, ihn zu erniedrigen, und daraus gingen viele Streitigkeiten der Fürsten gegen den Herzog hervor⁴⁹⁾.“ Diese Stelle verdeutlicht die Peripetie in der Macht Heinrichs des Löwen und eine wesentliche Ursache: den Zerfall des politischen Konsenses. Zwar der Konflikt mit Friedrich Barbarossa war noch aufgeschoben; er zog im Herbst 1166 zum vierten Male nach Italien; aber eine Koalition sächsischer Fürsten, unter anderem Albrecht der Bär, Markgraf von Brandenburg, und Erzbischof Wichmann von Magdeburg, wandte sich bereits gegen Heinrich. Friedrich Barbarossa stiftete nach seiner Rückkehr aus Italien zwischen den sächsischen Machthabern Frieden⁵⁰⁾.

Das Erfordernis eines politischen Konsenses mit dem König und Kaiser des römisch-deutschen Reiches einerseits, mit den Fürsten und Magnaten zumal des Herzogtums Sachsen andererseits stellte zwar nicht im strengen Sinne eine Rechtsnorm dar; einer Rechtsnorm näherte sich dieses Erfordernis in dem Maße, in dem Wahlmechanismen die Konsensbildung institutionalisierten und Wahlkapitulationen nach sich zogen. Aber die Praxis, zu wichtigen politischen Entscheidungen auf Hoftagen die Zustimmung von Machthabern einzuholen, zeigte doch, wie wichtig auch in der Zeit Heinrichs des Löwen dieser Konsens war; auch Heinrich hielt als Herzog von Sachsen solche Hoftage ab. Daß König Waldemar I. von Dänemark 1168 Rügen eroberte, konnte Helmold von Bosau in seiner Slawenchronik sich nur so erklären, daß Herzog Heinrich ihm dazu seine Zustimmung erteilt hatte. Wahrscheinlicher aber ist: seit 1166 schrumpfte die Macht Heinrichs des Löwen; er mußte bereits 1167 in Mecklenburg Pribislav, den Sohn Niklots, als Fürsten einsetzen, war 1168 nicht mehr in der Lage, die Expansion des Königs von Dänemark nach Rügen zu verhindern, und als in den späten 1170er Jahren auch der Konsens mit Kaiser Friedrich Barbarossa dauerhaft zerbrach, erwies es sich für die Herzogsgewalt Heinrichs des Löwen letztlich als verderblich, das Erfordernis eines politischen Konsenses in mehrfacher Hinsicht, gegenüber dem Kaiser und gegenüber sächsischen Fürsten, mißachtet zu haben. Vor diesem Hintergrund zerbröckelten auch die rechtlichen

⁴⁷⁾ Gerhard Theuerkauf, a) Prozeß (wie Anm. 43) S. 240ff.; b) *Lex, Speculum, Compendium iuris*. Rechtsaufzeichnung und Rechtsbewußtsein in Norddeutschland vom 8. bis zum 16. Jahrhundert, Köln u. Graz 1968 (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 6) S. 117ff.

⁴⁸⁾ Siehe oben Anm. 43.

⁴⁹⁾ Albert von Stade (wie Anm. 3).

⁵⁰⁾ Schwineköper (wie Anm. 28) S. 144f.; vgl. Albert von Stade (wie Anm. 3) z.J. 1168, S. 346.

Grundlagen der herzoglichen Gewalt Herzog Heinrichs – in Sachsen wie in Bayern⁵¹). Kontinuität ergab sich für die welfischen Machtpositionen jedoch in genealogisch-allo-dialer Hinsicht; an die Tradition der Familie und an die Besitzzentren um Braunschweig und Lüneburg, welche von der Aufteilung des Herzogtums Sachsen 1180 nicht betroffen waren, konnte 1235 die Begründung des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg durch Kaiser Friedrich II. anknüpfen.

⁵¹) Zur Gelnhäuser Urkunde siehe oben Anm. 46.